

Dresdner Nachrichten

Geegründet 1856

Verlags-Gesellschaft der Dresdner Nachrichten in Dresden und Vertriebsstellen in allen Provinzen des Reichs. (Gesamt-Vertrieb) 1,60 M., monatlich 1,20 M. Einzelne Exemplare 30 Pf. (einschl. Porto) 35 Pf. Anzeigenpreise u. Verträge in Nummer nach Sonn- u. Feiertagen 1/2, sonst 3/4, Tagesverträge 1/2. — Druck u. Vertrieb: gr. Postfach 100. — Tel. 10 01.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle: Postfach 38/40. Druck u. Verlag von Dietrich & Reichardt in Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Beiträge werden nicht angenommen.

Pilze der Heimat
Lichtbilder-Vortrag mit 67 hochfein gemalten Naturaufnahmen von Pilzen
Text v. Lehrer Emil Herrmann, Leihgeb. M. 10, Druckschrift kostenlos.
Carl Plaul, Dresden-A., Wallstr. 25

KIOS
Kleine Kios St. 3 Pf.
Kurprinz 3 1/2
Jubiläum 4
Fürsten 5
Welt-Macht 6
CIGARETTEN
— TRUSTFREI —

Kaffe Kasino Seestr.
Nachmittags: Salon- und Opernmusik, abends: Heiteres Programm. Kasino-Kapelle, Leitung Konzertmeister Rost.
Im beliebten Weinsalon „Trianon“: Zeitgemäße Musikvorträge.

Hindenburg und Ludendorff wieder in Berlin.

Die Nationalliberalen gegen den Kanzler. — Das bairische Zentrum gegen die Parlamentarisierung. — Die französische Presse zur innerdeutschen Krise. — Lebhaft feindliche Aufführungstätigkeit in Rumänien. — Die Unterseebootbeute nach englischen Angaben.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 13. Juli, abends. (Amstsch. B. T. B.)

Der lebhafteste Feuerkampf in der Welt-Champagne dauert an.

Im Osten hat die Feuerstätigkeit zwischen Hlois Bina und Rarajonka zugenommen; südlich des Dniestr ist die Lage bei kleinen Gefechten südlich von Ralska unverändert.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

Wien, 13. Juli. Amstsch. wird verlauscht:

Östlicher Kriegsschauplatz.

In Rumänien und bei der Heeresfront des Generalobersten Erzherrzog Joseph lebhaft feindliche Aufführungstätigkeit. In der Somonica-Stellung wurden mehrere russische Batterien abgeschossen. In Bosnien lösten unsere Erkundungsabteilungen stellenweise reges Geyßel aus.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Innenbericht.

(B. T. B.) Der Chef des Generalstabes.

Die Wirkung in die Ferne.

Die Krise dauert an. Wenn der Kanzler geglaubt hat, die kaiserliche Rundschreibung zur Wählerreform in Preußen werde die aufgeregten Volksvertreter befähigen und seine Stellung dem Reichstage gegenüber aufs neue befestigen, so hat er sich wieder einmal getäuscht. Das gleiche Wahlnot ist von den Linken hingenommen worden als natürliche Frucht der Krise, als etwas, das ganz selbstverständlich erwartet werden mußte. Es kann aber gar keine Rede davon sein, daß mit dem gleichen Wahlnot in Preußen das Ende der heiß ersehnten Demokratisierung gekommen sei. Jetzt geht es um das parlamentarische System, und der Effekt, mit dem die Durchsetzung dieser Forderung betrieben wird, ist nicht geringer als der, mit dem die Propagierung des Wählerrechts vorher betrieben wurde. Und wenn wir durch den letzten Kanzler, der in extrem Verweisslungsfamose um sein Amt fecht und alles über Bord wirft, was ihm hinderlich erscheint, auch das noch bekommen sollten, dann darf man, da nach einem alten Wort der Appetit beim Essen kommt, mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, daß eine Reihe weiterer demokratischer Wünsche in die Debatte geworfen und das Spiel mit Grazie in infinitum weiter geht. Herr v. Pauer, die schlaueste Exzellenz, hat denn auch erklärt: „Was wir jetzt nicht bekommen, bekommen wir überhaupt nicht mehr!“ Wo!

Man fragt sich immer wieder: In welcher Welt leben die Volksvertreter in Berlin? Was müssen das für glückliche Gestirne sein, wo man sich so ganz dem Kampf um die herkömmlichen Menschenrechte hingeben und Experimente mit allen möglichen und unmöglichen demokratischen Doktrinen machen kann, als ob es keinen Krieg gäbe und keinen Feind, der mit heiß wachsamem Auge nach jeder Lücke in unserer Rüstung späht, über jedes Zeichen von Unsicherheit in unserer inneren Front frohlockt. Wie haben schon wiederholt darauf hingewiesen, worauf sich heute in erster Linie die Hoffnung Englands gründet. Aus jeder Rede Lloyd Georges ist zu entnehmen, daß er alles erwartet von einer inneren Umwälzung in Deutschland. Es sind auch schon zahlreiche Beweise dafür beigebracht worden, wie England diesen Umwälzungsprozess zu fördern gedenkt: bei den Ausschreitungen in Steettin und Düsseldorf ist die Teilnahme von Ausländern amtlich festgestellt worden, bei der Streikbewegung in diesem Frühjahr ist auch von amtlicher Seite die Vermutung ausgesprochen worden, daß feindliche Agenten die Hand mit im Spiele gehabt hätten. Und doch haben all diese Umtriebe kaum verhängnisvoller gewirkt als die Leimrute, die Lloyd George in Gestalt des demokratischen Prinzips immer und immer wieder ausgelegt hat, bis sich schließlich ein Erfolg zeigte. Sofort ist denn auch ein englisches Blatt, die dem früheren Ministerpräsidenten Asquith nahegehende „Westminster Gazette“, auf den politischen Stimmungsauszug und hat erklärt, die Bürgerlichen, die England am Ende des Krieges zu fordern

haben werde, würden natürlich viel schwerwiegender sein, wenn der Verband einem nicht reformierten Preußen gegenüberstände, als einem „freien Deutschland, auf das er sich verlassen könnte“. Herr Asquith beschränkt wieder einmal auf den politischen „Idealismus“ der Deutschen und sucht die Verständigung zu empfehlen. Wenn man bedenkt, daß Lord Milner im Oberhause erklärte, die Bedürfnisse des Heeres hätten gegenüber der Versorgungsfrage zurückgestellt werden müssen, wenn man davon denkt, daß Lloyd George sich von neuem in einer Unterhausrede mit dem Friedensproblem befaßt, und mit alledem das Juni-Ergebnis unseres Unterseeboot-Kreuzerkrieges zusammenhält, so wird man sich nicht wundern. Könnte unter diesen Umständen den Engländern ein größeres Glück zuteil werden, als ein Bankrott der inneren deutschen Front? Unsere Truppen im Felde zu erschüttern, ihre Stützen zu durchbrechen, die besetzten Gebiete zurückzuerobern und den Krieg nach Deutschland hinaustragen, wofür dasa noch im Februar dieses Jahres sein Wort versprochen hat — diese Hoffnung hat sich als eitel erwiesen. Man weiß drüber auch, daß bis zum Eingreifen der Amerikaner nicht gewartet werden kann. Was ist unter diesen Umständen natürlicher als der Versuch einer Offensive auf die innere Front in Deutschland? Hat sie Erfolge — und die Ergebnisse der letzten Tage werden Herrn Lloyd George in dieser Hoffnung leider beharren —, dann wäre eine Rückwirkung auf die Kriegslage mit Sicherheit zu erwarten, vielleicht sogar eine Uneigenschaft Deutschlands zu einem Vergleichsfrieden Scheidemannscher Art. Das bei diesem Frieden England, das Ruhmal in wirtschaftlicher Hinsicht völlig in seiner Hand hat, das die Produktion der ganzen Welt unter seiner Kontrolle hat und allen Abmachungen zum Trotz die wirtschaftliche Ausbeutung Deutschlands mit Hochdruck betreiben könnte, der gewinnende Teil wäre, das braucht nicht weiter bewiesen zu werden. In der Politik entscheidet die Macht — das haben wir während des Krieges und schon vorher wahrlich deutlich erfahren —, welche Machtmittel hätten aber Deutschland und seine Verbündeten in der Hand, nach einem Vergleichsfrieden ohne reale Garantien einen in irgendwelcher Form geführten englischen Wirtschaftskrieg zu verhindern? War keine! Wir wären rettungs- und hoffnungslos der Gnade der englischen Sieger preisgegeben. Heute kann auch niemand mehr so naiv sein, anzunehmen, daß uns das demokratische Prinzip retten würde. Sehen wir nicht, wie die Demokratie in Russland, die doch mit solchem Ueberfluge als friedensförderndes Moment gewiesen worden ist, trotz aller deutschen Friedensangebote die russischen Soldaten zu Hunderttausenden dem Machtwort, dem Eroberungswillen opfert?

Das ist nur eine Wirkung, die her mit vielem Geschick angerichte innerpolitische Strudel auf das feindliche Ausland ausüben wird. Die andere, eng damit zusammenhängende besteht in einer unmittelbaren Befehung der durch die Kriegereignisse der letzten Zeit hart erschütterten Stimmung der feindlichen Völker. Wir haben gesehen, welche heftigsten Wirkungen der Mißerfolg der Frühjahrsoffensive in der französischen Kammer ausgeübt hat, wie es sogar zu scharfen Ausfällen gegen die geheiligte Person des Präsidenten gekommen ist. Herr Poincaré und seine Getreuen haben in dem Abgeordneten Eraberger einen, wie wir glauben, zwar unfeindlichen, deshalb aber nicht weniger wertvollen Bundesgenossen gefunden. Die innerpolitischen Folgen der Niederlage im Frühjahr, für die schließlich doch nicht nur Herr Rivelle die Verantwortung trägt, sind durch die Auswirkung des Angriffes auf die innere deutsche Front für Herrn Poincaré zum mindesten neutralisiert worden. Die Pariser Presse hat augenblicklich keine Zeit, sich mit den Kammerdebatten zu befassen, sie widmet sich mit größtem Eifer und nicht ohne Geschick der Ausbeutung der Berliner Ereignisse. Der „Temps“ stellt kritische Seiten anbrechen für den mitteleuropäischen Bund, in dem Deutschland bisher die Führung gehabt habe, er gibt, wenn auch etwas verblümt, die Hoffnung Ausdruck, dieser Bund werde, da er auf Deutschlands politischem und finanziellem Prestige beruhe, stark erschüttert werden. Die „Aberis“ schlägt auf eine „Entmutigung der deutschen Öffentlichkeit“, das Pariser „Journal“ meint, der Räthels Lösung hieße „Unfähigkeit zu liegen“. „Echo des Paris“ erklärt, die Verantwortung sei auf die Mißerfolge des

Unterseeboot-Krieges zurückzuführen, andere Blätter heften Ähnliches in vorhöflicher Form an oder sehen den Niedergang der deutschen Macht stillschweigend voraus, in der „Temps“ in einer Polemik gegen die „Humanität“, die von der Demokratisierung Deutschlands einen baldigen Frieden auf der herkömmlichen „Rechts“arundlage erwartet, so insbesondere der „Aiglon“, der kurz und bündig erklärt, die Ereignisse hätten das Programm Deutschlands zugrunde gerichtet, die Pflicht der Alliierten würde daher immer klarer. Jedes Nachgeben, jedes Zugeständnis, jeder Ausgleichsversuch würde nur das Ergebnis haben, die Verwirrung in Deutschland auszuheilen, deren Entwidlung für den Verband der Vira bedeute.

Deutscher kann man nicht werden. Was sagen die Reichsboten in Berlin zu diesen Auslassungen in der französischen Presse? Was laßt der Reichskanzler dazu, den doch wohl die größte Schuld trifft an diesem innerpolitischen Begebenhalt? Wer kann es verantworten, die Krise immer weiter zu verschleppen, den Reichswoagen immer tiefer in den Sumpf dieses innerpolitischen Sanktes zu führen? Hat das deutsche Volk deshalb drei Jahre lang Unrecht ertragen und erduldet, um schließlich unter Verzicht auf seine weltpolitische Stellung, unter Verzicht auf freie wirtschaftliche Entwicklung, unter Verzicht auf alles, was seine Leistungen und unsere Brüder mit ihrem Blute bestritten haben, mit dem Donnerschlag des Parlamentarismus in der Hand in den Frieden zu gehen? Nein, dafür hat das deutsche Volk vor drei Jahren nicht zum Schwerte gegriffen. „Frei und sicher wollen wir wohnen unter den Völkern der Erde“, vor jedem Anarchismus wollen wir sicher sein, freie Bahn für unsere wirtschaftliche Entwicklung, Freiheit für das Wachstum unseres Volkes wollen wir haben, das ist das deutsche Kriegsziel, und das sollte man in Berlin im dritten Kriegsjahre nicht vergessen.

Hindenburg und Ludendorff wieder in Berlin

Berlin, 13. Juli. (Amstsch.) Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers ist der Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit dem ersten Generalquartiermeister General Ludendorff heute vormittag in Berlin eingetroffen. (B. T. B.)

Hindenburg und Ludendorff beim Kronprinzen.
b. Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Generalquartiermeister General v. Ludendorff hatten nach ihrem Eintreffen in Berlin zunächst eine Besprechung mit dem Kronprinzen.

Das Entlassungsgesuch des Kanzlers vom Kaiser genehmigt?
Unser Berliner Mitarbeiter meldet uns: In Abgangnetenkreisen glaubt man, daß der heutige Tag die endgültige Entscheidung über die schwebenden Fragen bringen wird. Es heißt, das Entlassungsgesuch des Herrn von Bethmann-Hollweg habe bereits die Unterschrift des Kaisers erhalten.

b. Die „Voll. Ztg.“ schreibt: Nach der Wendung, die die Kanzlerfrage genommen hat, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß das kaiserliche Entschlossenheit die Abweisung des Entlassungsgesuchs des Reichskanzlers bewilligt wird.

Die Nationalliberalen und der Kanzler.

b. Die Reichstagsfraktion der Nationalliberalen hat gegen nur vier Stimmen eine Erklärung angenommen, daß sie die Krise als ungeklärt betrachte, solange Herr v. Bethmann-Hollweg im Amte bleibe. Die Fraktion steht in Herrn v. Bethmann-Hollweg einen Hinderungsgrund für einen Friedensschluß. Nur ein neuer Mann könne überdies den Weg aus der gegenwärtigen Krise finden.

Das bairische Zentrum gegen die Parlamentarisierung.
b. Nach der bairischen Regierung tritt nun auch die Münchner Zentrumspresse in Opposition gegen die Parlamentarisierung. Sie bringt von parlamentarischer Seite einen Artikel mit dem Titel: „Das Zentrum am Scheidewege“, der die Forderung des parlamentarischen Systems als unvereinbar mit dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches und mit den Grundsätzen des Zentrums bezeichnet. Dieses stehe auf dem Boden der Versaffung der Einzelstaaten im Reiche. Wer sie nicht hochhalte, dürfe und könne nicht mehr Mitglied des Zentrums sein und bleiben.

Aufhebung des Verbots des „Berliner Lokal-Anzeigers“.
Der „Berliner Lokal-Anz.“ schreibt: Das Verbot des Erscheinens des „Lokal-Anz.“, womit die Demokratisierung Preußens eingeleitet wurde, ist